

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Einzelragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 66.

Donnerstag den 10. Juni 1920.

20. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß eine be-
stimmte Anzahl Pferde, die dem A. H. der fr. zösi-
schen Rheinarmee gehören, zur Verfügung d. Ein-
wohner gestellt werden kann, mit der Beding. g für
Nahrung und gute Verpflegung zu sorgen.

Die geliehenen Pferde müssen in unmittelbarer
Nähe des Korps, dem sie angehören, bleiben. Es ist
verboten, diese Pferde außerhalb des besetzten Ge-
bietes zu verwenden. Die Militärbehörde behält sich
das Recht der Ueberwachung der geliehenen Pferde
vor; sie erhebt Klage gegen die Besitzer, die durch
Boswilligkeit oder Mangel an Sorgfalt den geliehenen
Pferden Entwertung zukommen lassen.

Die Pferde werden auf vorherige Benachrichtigung
von mindestens 8 Tage zurückgeholt, ohne vorherige
Benachrichtigung, wenn die militärische Not es er-
fordert oder im Falle festgestellter Uebertretung der
vorerwähnten Vorschriften.

Die Einwohner, die unter den vorerwähnten Be-
dingungen Pferde zu haben beabsichtigen, wollen ihr
Gesuch an die Herren Kreisdelegierten der Hohen
Rheinlandskommission ihres Kreises oder Bezirkes
senden. Dieser teilt ihnen dann die durch die mili-
tärbehörden getroffene Entscheidung mit.

Wiesbaden, den 31. Mai 1920.
Französische Rheinarmee — Bezirk Wiesbaden —
Landkreis Wiesbaden
gez.: J. u. v. n. y.

Vorstehende Abschrift übersende ich zur Kenntnis-
nahme und ortsüblichen Bekanntmachung.

Wiesbaden, den 5. Juni 1920. Der Landrat.

Vorstehendes wird hiermit veröffentlicht.
Bierstadt, den 10. Juni 1920
Der Bürgermeister: I. V. Bierbrauer, Beigeordneter

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Das Reichskabinett ist zurückgetreten. Der Reichs-
tag soll möglichst bald einberufen werden.

— Die Neubildung der Regierung stößt auf Schwierig-
keiten. Die Mehrheitssozialisten lehnen jedes Zusammen-
gehen mit der Deutschen Volkspartei ab.

— Nach den bisherigen Wahlergebnissen stehen 193
Mandate der bisherigen Mehrheitsparteien 198 der Oppo-
sitionsparteien von Links und Rechts gegenüber.

— Die französische Presse erblickt in dem Ausfall der
Reichstagswahlen eine Gefährdung des Friedensvertrages.

— Bei den Landtagswahlen in Bayern hat die bayeri-
sche Volkspartei ein Drittel sämtlicher abgegebenen Stim-
men erhalten.

— Die Neuwahlen zum Preussischen Landtag sollen nach
Erledigung der wichtigsten Arbeiten (Verfassungsreform und
Etat) stattfinden.

Die Stimmenzahlen der Parteien.

Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis verteilen
sich, der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge, die im ganzen
Reiche (außer dem 17., 27. und 28. Wahlkreis) ab-
gegebenen Stimmen auf die verschiedenen Parteien wie
folgt:

Deutschnationale	2 823 000
Deutsche Volkspartei	3 291 000
Zentrum	3 397 000
Demokraten	2 130 000
Mehrheitssozialisten	4 952 000
Unabhängige	4 208 000
Bayer. Volkspartei	794 000
Kommunisten	369 000

Nach den vorliegenden Ziffern erhalten Mandate:
Deutschnationale 47, Deutsche Volkspartei 54, Zentrum
56, Demokraten 35, Sozialdemokraten 82, Unabhängige
70, Bayerische Volkspartei 13, Kommunisten 2. Dazu
kommen die verbleibenden Mandate aus den Abstim-
mungsgebieten. Es haben dann: Deutschnationale 51,
Deutsche Volkspartei 56, Zentrum 65, Demokraten 44,
Sozialdemokraten 98, Unabhängige 70. — Diese Rech-
nung stimmt nicht in vollem Umfange, denn es handelt
sich hier immer noch um ein vorläufiges Gesamter-
gebnis. Auf Grund der Reichslisten werden den ein-
zelnen Parteien noch einige Mandate zufallen.

Der Standpunkt der Sozialdemokraten.

Wie man aus führenden sozialdemokratischen Krei-
sen hört, erscheint entsprechend den Erklärungen des
Reichskanzlers Müller im Wahlkampf auch jetzt die

Gesamtpartei bei der Bildung der Regierung von
Konzeption nach rechts hin ausgefallen. Es sei als
sicher anzunehmen, daß der Reichspräsident
sofort bei Zusammentritt des neuen Reichstags
den bisherigen Reichskanzler Hermann Müller auf-
fordern werde, die Bildung einer neuen Regierung
zu versuchen. Es liege auf der Hand, daß der Reichs-
präsident zunächst an die Unabhängige Partei wenden werde,
damit diese einen ihrer Wählerzahl entsprechenden Ein-
fluß in der Regierung erhalte und ein entsprechendes
Maß von Verantwortung übernehme. Sollte sie das
verweigern, so würde wohl Hermann Müller den Auf-
trag der Kabinettsbildung zurückgeben.

Die finnisch-schwedische Spannung.

Wegen des Alandkonfliktes hat ein scharfer Wech-
sel zwischen der finnischen und schwedischen Re-
gierung stattgefunden. Finnland hat auf das schärfste
dagegen protestiert, daß die Regierung Schwedens ohne
Rücksicht auf die Rechte und Interessen Finnlands
sich zum Anwalt eines Teiles der ausländischen Bevölke-
rung macht, die unrechtmäßig eine Kostentragung
der Inselgruppe von Finnland wünscht. Die schwedische
Regierung betont in ihrer Antwort, daß die einstimmige
Forderung der Bevölkerung Alands, selbst über ihr
künftiges Schicksal zu entscheiden, sich auf das Prinzip
vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gründet und
vollkommen berechtigt ist.

Das vorläufige Wahlergebnis.

Bisher 393 Abgeordnete.

Das vorläufige Ergebnis aus 34 Wahlkreisen —
nicht noch aus Kreis 17 (Hannover-Dst.) — beträgt

Mehrheitssozialdemokratie	4 721 000
Unabhängige	4 123 000
Deutsche Volkspartei	3 173 000
Zentrum	2 720 000
Deutschnationale Volkspartei	2 673 000
Demokraten	1 996 000
Bayerische Volkspartei	794 287
Kommunisten	398 272

Die Gesamtzahl der im Reiche abgegebenen Stim-
men beträgt nach der bisherigen Feststellung 21 584 000.

Darnach erhalten schätzungsweise Mandate	
Mehrheitssozialdemokratie (18)	97
Unabhängige	69
Deutsche Volkspartei (2)	55
Zentrum (9)	54
Deutschnationale Volkspartei (4)	48
Demokraten (3)	42
Bayerische Volkspartei	13
Kommunisten	4
Deutsch-Hannoveraner	2
Württembergischer Bauernbund	2
Bayerischer Bauernbund	2
Schlesw.-Holst. Bauerndemokraten	1
Insgesamt bisher	393

Die in Klammern gesetzten Zahlen bedeuten die
Abgeordneten aus den Abstimmungsgebieten.

Es sind also bisher im ganzen 393 Abgeord-
nete gewählt, von denen auf die bisherigen Koali-
tionsparteien 193, auf die Rechts- und Linken Par-
teien 125, auf die Linksoption 73 Abgeordnete
entfallen. Den bisherigen Mehrheitsparteien mit 193
Abgeordneten stehen also nach den bisherigen Ergeb-
nissen 198 Angehörige der bisherigen Oppositions-
parteien gegenüber. Auf Grund dieses vorläufigen
Ergebnisses ist der Rücktritt des Reichskabinetts erfolgt.

Gewählte Abgeordnete.

Aus den bereits vorliegenden Ergebnissen ergeben
sich außer den bereits gemeldeten Namen u. a. noch
folgende Namen gewählter Abgeordneter:

Mehrheitssozialisten: der bisherige Reichs-
kanzler Hermann Müller, David, Legien, Hörsing, Gue,
Muer, Thöne, Wiffell, Juchacz, Schöpslin, Städeln,
Osar Ged, Eduard Bernstein, Stolten und der preu-
ßische Ministerpräsident Braun.

Demokraten: Koch, Bachnide, Gotthein, Haas,
Brodau-Schmidt, Schiffer, Dernburg, Geßler, Peter-
sen, Schäfer.

Zentrum: Stegerwald, Herold, Schreiber, ten
Hompel, Rheinländer, Neuhaus, Raas, v. Brentano,
Villette, Beder-Brnsberg, Fr. Oberherrin Weber,
Marx, Hise, Spahn, Burlage, Joos Ruchmann, Im-
busch, Fehrenbach, Lauscher, Trimborn, Wirth, Erz-
berger, Volz.

Deutschnationale: Helfferich (dreimal ge-
wählt), Lohrenz, Düringer, v. Gräfe, Behrens, Sem-
ler, Mumm, Dugenberg, Margarete Behn, Giese,
Dergt, Bruhn.

Deutsche Volkspartei: Frhr. v. Verdner,
Stresemann, Meßner, Graf zu Dohna, Heinze, Böglar,
Beder-Hessen, Hugo, Kahl, v. Rheinbaben, Westermann,
Bräuninhaus, Rost, v. Karborff, Menke, Stinnes.

unabhängige: Vusse Hies, Etzhorn, Vedebour,
Wolff Hoffmann, Brandes, Dittmann, Hente, Braß,
Agnes, Koenen, Düvel, Bod, Jubell.

Bayerische Volkspartei: Dr. Mayer, Dr.
Heim, Schirmer, Leicht.

Bayerischer Bauernbund: Eisenberger und
Gebr.

Welfen: Colshorn und Langwost.
Kommunisten: Klara Bettin, Hedert.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Weiterführung der Geschäfte bis zur Ernennung des
neuen Kabinetts.

— Berlin, 8. Juni. Das Reichskabinett hat sich
heute mittag um 12 Uhr versammelt und dem Reichs-
präsidenten seine Demission angeboten. Der Reichs-
präsident hat sie angenommen und die Minister ge-
beten, bis auf weiteres ihre Geschäfte weiter zu führen.
Außerdem hat er den Reichskanzler ersucht, darauf
hinzuwirken, daß eine möglichst beschleunigte Festset-
zung des Wahlergebnisses erfolgen und die Einberu-
fung des Reichstags möglichst bald stattfinden möge.

Die Frage der Regierungsbildung.

Obwohl die gesamten Wahlergebnisse immer noch
nicht vorliegen, läßt sich jetzt allmählich ein genaues
Bild über die neuen Mehrheitsverhältnisse im Deut-
schen Reichstage gewinnen. Es ist wahrscheinlich, daß
die bisherigen Regierungsparteien noch auf eine Reihe
von Mandaten rechnen können. Immerhin wird die
Tatsache bleiben, daß die Mittelparteien geschnitten
sind, die Rechts- und Linksparteien beide recht erheblich
gestärkt werden. Der politische Wille des Volkes
drängt von der Mittellinie ab. Er ist gespalten.

Um so schwieriger wird diesmal die Frage der
Regierungsbildung sein. Die beiden Rechtspar-
teien würden selbst mit dem Zentrum voraussichtlich
keine Mehrheit bilden können. Ein Beitritt der De-
mokraten zu einer Rechtsgruppierung erscheint den
Verhältnissen nach ausgeschlossen. Ebenfalls wie die
beiden Rechtsparteien für sich, würden voraussichtlich
die beiden Linksparteien, S. P. D. und U. S. P. D.,
zusammen eine Majorität bilden können. Eine solche
wäre vielleicht theoretisch möglich, wenn das Zentrum
sich zu den beiden Linksparteien zugesellen würde.
Aber diese Kombination erscheint durchaus unwahr-
scheinlich, und auch die Demokraten dürften wenig
Neigung verspüren, sich mit den Unabhängigen an einen
Arbeitsstisch zu setzen.

Erweiterung der Koalition durch Hinzuziehung der
Deutschen Volkspartei?

Trotz der starken Abwanderung von Wählermas-
sen nach rechts und links tritt also wieder die Not-
wendigkeit zutage, eine neue Koalition der Parteien
nach der Mitte zu suchen, eine Koalition breit genug,
daß eine neue Regierung mit starker Autorität nach
innen und außen sich auf sie stützen kann. Aller Vor-
ausicht nach werden sich die bisherigen Koalitionspar-
teien wieder auf einer Mittellinie zusammenfinden, ge-
gebenenfalls unter Erweiterung der alten Koalition
durch Hinzuziehung der Deutschen Volks-
partei. Denn wenn auch, wie es nach den bis-
herigen Wahlergebnissen zu urteilen, den Anschein hat,
die gegenwärtige Regierungskoalition mit einer ganz
geringen Ueberschuss aus der Wahl hervorgehen wird,
so erscheint doch ein solches Kabinett, von allem an-
deren abgesehen, zu schwach für die Verantwor-
tung, die es für die kommenden Verhandlungen mit
der Entente vor dem deutschen Volk zu tragen hätte.
sein Dasein im Reichstag selbst würde auch zu sehr
von den Zufälligkeiten der Präsenzliste abhängen und
nicht — zuletzt — würde eine so schwache Regierung
den fremden Mächten nicht mit der unbedingt not-
wendigen Sicherheit und Autorität gegenüberstehen.

Augenscheinlich werden die bisherigen Bestre-
bungen über die Neubildung der Regierung darauf hin-
zielen, eine Koalition von der Deutschen Volkspartei
bis zu den Mehrheitssozialisten zu Stande zu bringen.
Ob diese Kombination gelingen wird, kann bis zur
Stunde niemand sagen, zumal der „Vorwärts“, das
Hauptorgan der Mehrheitssozialdemokraten, bereits
seines Zusammengehens mit der „monarchistischen und
antidemokratischen Deutschen Volkspartei“ ausdrücklich
ablehnt.

Die Presse über die Wahl.

Verstärkung des Kampfes.

Der „Vorwärts“ tröstet sich über die beträch-
lichen Verluste der S. P. D. an die Unabhängigen mit
folgenden Ausführungen über die Zukunft der deut-
schen Arbeiterbewegung:

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß das Wahl-
resultat eine erhebliche Verschärfung des Klassenkampfes
zum Ausdruck bringen wird. Wie gering aber die Ab-
stufung der Arbeiterklasse ist, diesen Kampf mit gewalt-
samem Mitteln zu führen, zeigt der vernichtende Miß-
erfolg der Kommunisten. Das Wahlergebnis verrät einen
entschiedenen Zug nach links, die starke Reizung, zu
den alten Methoden der Opposition zurückzukehren, aber
in keiner Weise die Absicht, auf Wegen der Gewalt sozialis-
tischen Idealen nachzustreben. Die Rechte in der Par-
tei der Unabhängigen erhält dadurch eine bedeutende Ver-
stärkung, und damit ist wenigstens ein gutes Vorzeichen
für die Wiedergeburt der Arbeiterbewegung gegeben.

Verstärkte Rollen.

Die „Freiheit“, das Hauptorgan der Unab-
hängigen, frohlockt selbstverständlich über die Nieder-
lage der S. B. D., die sie boshaft als „Minderheits-
sozialisten“ bezeichnet, und meint ganz ähnlich wie der
„Vorwärts“:

„So zeigen die Wahlen als Resultat eine Ver-
stärkung des Klassenkampfes und eine Ver-
mehrung der politischen Spannung. Ob über-
haupt die alte Koalitionspolitik fortgesetzt werden kann,
ist zur Stunde noch fraglich.“

„Die Demokratie ist von hinten erschlagen worden.“

Das linksdemokratische „Berliner Tage-
blatt“ erklärt die Schlappe der Deutschdemokratischen
Partei mit der „widerwärtigen Wahlkollation“. Die
mit unbegrenzten Mitteln der Kriegsgewinnler gear-
beitet und mit ihrem Appell an die niedrigsten In-
stinkte, an Klassen- und Rassenhaß und mit ihren
großsprecherischen Behauptungen unter die bürgerlichen
Wähler Verwirrung getragen habe. Das Blatt fährt
dann fort:

„Doch diese Methode mit ihrer Verschönerung der
Gegner und mit ihren fauchenden Lügen allein hätte
nicht in so verheerender Weise gewirkt, wenn nicht ein
Teil der bisherigen Anhänger der Demokratie ihren Grund-
sätzen untreu geworden wären und zahlreiche Partei-
genossen mit sich gerissen hätten. Die Demokratie
ist von hinten erschlagen worden. Dazu trat beson-
ders bei den demokratischen Frauen eine bedauerliche
Signation und zum Teil eine Flucht auf die reaktionäre
Seite.“

„Von den Demokraten selbst verschuldet.“

Ganz anders urteilt der Hauptschriftleiter Georg
Bernhard in der „Vossischen Zeitung“. In einem
Artikel „Die Lehre des Niederbruchs“ schiebt er den
Demokraten und den Mehrheitssozialisten selbst die
Hauptschuld an ihrer katastrophalen Niederlage zu:

„Die demokratische Partei hat in jedem einzelnen
Fall der Entscheidung einen so unheilbar richtigen Blick
für das Falsche bewiesen, daß es ein Wunder gewesen
wäre, wenn sie ihre Anhänger hätte zusammenhalten
können. ... Aus dem Mangel an Zielen und an Willen
entstand jene Politik der Koalition, die sich im Negati-
ven erschöpfte. Mit Eifer wurde von der Regierung
jede Gelegenheit benutzt, die Wägen der Opposition zu
enthalten. Die Minister riefen nicht das Volk zur Unter-
stützung eigener großer Werke auf, sondern klagten dau-
ernd auf dem Forum die Gegner an. In der inneren
und in der äußeren Politik: Proteste statt Taten, Wort
statt Handlungen. Mit solchen Mitteln kann sich auf die
Dauer keine Regierung halten.“

Die neue Regierung auf Grund der Parteimehrheiten.

Das Regierungsbüro, die „Deutsche Allge-
meine Zeitung“, betont die Ruhe und Würde,
mit der sich der Wahlkampf vollzogen hat, und zieht die
Konsequenz aus dem Ergebnis — die Notwendigkeit
einer neuen Koalitionsbildung:

„Noch steht die Aufgabe bevor, die neue Re-
gierung auf Grund der Parteimehrheiten zu
bilden, die die Wahl ergeben hat. Und es ist möglich,
daß gerade hier sich Schwierigkeiten bieten werden. Und
sie aber müssen überwunden werden. Und sie können
es, wenn auf allen Seiten die Absicht besteht, den Staat
nach den äußeren und inneren Erschütterungen
der letzten Jahre einem ergiebigen Wiederaufbau zu
entgegenzuführen.“

Erhöhte Verantwortlichkeit der Reichsparteien.

Der „Berliner Lokalanzeiger“, der von
einem überraschenden Sieg, von einem Zusammenbruch
der Linksparteien spricht, zieht aus dem Wahlergebnis
nachstehende Folgerungen:

Goldelise.

Roman von E. Marlitt.

(Nachdruck verboten.)

66) Helene war in das Kissen zurückgesunken und legte
die Hand über die Augen.

„Nein, nein!“ rief sie, sich rasch wieder auf-
richtend und seinen freien Niedersturz unterbrechend. „Nicht
das arme liebe Kind! Elisabeth verdient, geliebt
zu werden.“

Ein plötzliches Hundegeheul unterbrach sie und
ließ sie selbst einen Schreckensschrei ausstoßen. Volk
hatte seine Diana, die mit hereingekommen war, und
zu den Füßen ihres Herrn hingestreckt lag, auf die
Hofe getreten. Dieser Mißgeschick kam ihm sehr ge-
legen, denn Helene's letzte Worte klangen, seinen eige-
nen glühenden Wünschen gegenüber, so komisch, daß
er lachen mußte. Er öffnete die Tür und sagte das
hinlängende Wort hinaus. Als er zu dem jungen Mädchen
zurückkehrte, waren seine Blicke wieder völlig ruhig
und beherrschend.

„Lieben wollen wir ja die kleine, ach, Helene.“
sagte er anscheinend gleichmütig, während er seinen
Platz wieder einnahm — Helene war zu sehr erregt
und wohl auch zu reinen Tränen, um die leichte Be-
mischung von Frivolität in seinem Tone herauszuhö-
ren — „sie soll dir nur den Vorrat an Torte herauszuho-
ben, und das wird sie auch gewiss. ... Sie be-
steht sehr viel ruhiger Ueberlegung und Kaltblütigkeit,
das hat sie vorgefunden vollständig bewiesen, als sie
Rudolf rettete.“

„Wie?“ rief Helene, die Augen voll unglücklichen
Erstaunens weit öffnend.

Hollfeld hatte den Sachverhalt erst vor einer Stunde
vom Gärtnere erfahren. Das unerwartete Benehmen
Elisabeths verließ ihn, wie man denken kann, in seinen
Augen einen neuen Reiz und stärkte seine Sehnsucht,
sie so rasch wie möglich zu gewinnen, aufs höchste.
Er teilte Helene jetzt alles mit, was er über die Be-
gebenheit erfahren hatte, und schloß mit dem Worten:
„Du hast jetzt einen Grund mehr, das Mädchen zu lie-
ben, und mich bestärkt ihre Handlung, weil sie in dem
Glauben, daß sie die einzige ist, die in die Verhältnisse
paßt.“

„Die Warten, aber die gestern das reichlich ver-
diente Strafgericht niedergegangen ist, werden danach
sich in die beschönigtere Rolle fügen müssen, die ihnen
fortan zukommt, während diejenigen Parteien, denen
gehört das Vertrauen des deutschen Volkes sichtbarlich
abgetragen wurde, von nun an mit erhöhter Ver-
antwortlichkeit befaßt sein werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ
des Bundes der Landwirte, rechnet auf mindestens 60
Stimmen für die Deutschnationalen Volkspartei. Voraus-
sichtlich würde sie stärker bleiben als die Deutsche
Volkspartei, die beiden Parteien zusammen würden
aber schließlich mit weniger als 125 Mandaten in den
Reichstag einziehen. Das sei ein Volksurteil über
die Politik der bisherigen Mehrheit, das an Deutlich-
keit nichts zu wünschen übrig lasse.

Die „Germania“, das Hauptorgan der Deutschen
Zentrums-Partei in Norddeutschland, stellt mit Genug-
tuung fest, daß das Zentrum an den Rückgang der
Mittelparteien kaum ernstlich beteiligt erscheine. Wenn
das Urteil der Wähler über die Politik des letzten
Jahres beim Zentrum und den übrigen Koalitions-
parteien so verschieden ausgefallen sei, so stelle diese
Tatsache den Zentrums- und ihrer staatspoliti-
schen Einsicht ein überaus ehrendes Zeugnis aus. Das
Zentrum habe alle Ursache, sich dieser politischen Ein-
sicht seiner Parteianhänger zu freuen; denn sie gebe
dem Wirken der Partei im Parlament gerade im Zeit-
alter der Demokratie erst den wirklich tragfähigen
Boden, den andere Parteien nach Ausweis dieser
Wahlen nicht recht zu finden vermögen.

Wahlrecht im Ausland.

Die Pariser Presse beschäftigt sich an Hand der
vorliegenden Teilergebnisse bereits ausführlich mit den
deutschen Wahlen und sieht in deren Ausgang Gefahren
für die Erfüllung des Friedensvertrages. Besonders
die nationalsozialistischen Blätter, wie das „Echo de Paris“
und der royalistische „Gaulois“, malen die Gefährdung
des Friedensvertrages in den grellsten Farben an die
Wand und richten an die französische Regierung ernste
Mahnungen, den Vorgängen in Deutschland die ge-
bührende Achtung zu schenken.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 8. Juni 1920.

Die Reichsschulkonferenz wird am Freitag,
dem 11. Juni, im Plenarsaal des Reichstages eröffnet.

Die deutsche Regierung hat die gewünschten Entschä-
digungen für das durch deutsche Tauchboote vernichtete ar-
gentinische Schiff „Monte Protego“ gezahlt.

Aus Deutsch-Ostafrika sind die letzten Deutschen,
etwa 60—80, meist ältere Frauen und Männer, ausgewiesen
worden.

Die Gesamtschmerzhaft Thüringens erhob durch
eine imposante Kundgebung flammenden Protest gegen die
Einziehung in Besoldungsliste 7 und forderte die Ein-
ziehung in Liste 11.

Der Ausschub der Spaar-Konferenz. Neuer er-
fährt, die Vertreter der Alliierten werden wahrschein-
lich vor der Konferenz in Spaar in London zusammen-
kommen. Die Konferenz in Spaar ist bis Juli auf-
geschoben worden. Laut „Daily Chronicle“ werden
die Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Bel-
gien und Italien an einer Brüsseler Besprechung teil-
nehmen, welche der Konferenz in Spaar vorausgehen soll.

Die deutsche Note in der Frage der Schiff-
auslieferung. Die deutsche Regierung hat an die Re-
parationskommission in Paris eine neue Note fertig-
gestellt, welche noch einmal auf die Schwierigkeiten in
der Frage der Ablieferung deutschen Schiffsraums hin-
weist und den Ententevertretern bereits am 4. d. M.
überreicht worden ist.

Keine Aufhebung der Zwangswirtschaft in Ober-
schlesien. Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch
die Presse, daß die Interalliierte Kommission in Ob-

erschlesien eine Erhebung einzelner Lebens-
mittelrationen, insbesondere von Mehl, Kartoffeln und
Zucker, angeordnet hatte, sich jetzt mit dem Gedanken
trage, die Zwangswirtschaft für Oberschlesien gänzlich
aufzuheben. Wie verlautet, sind einige an der Auf-
hebung der Zwangswirtschaft interessierte Kreise in
Oberschlesien an die Kommission herangetreten und
haben sie gebeten, zu erwägen, ob es nicht ratsam
wäre, die Zwangswirtschaft aufzuheben. Die Wirt-
schaftsabteilung der Interalliierten Kommission hat
daraufhin Erhebungen angeordnet und auch mit Sach-
leuten Beratung genommen, ist aber zu der Ansicht
gekommen, daß es zur Zeit noch nicht ratsam
ist, die Zwangswirtschaft aufzuheben und
hat auch allen Anfragen in diesem Sinne geant-
wortet.

Der ober-schlesische Richterstreik beendet. Die
ober-schlesischen Justizbeamten haben die Arbeit wie-
der aufgenommen. Für diesen Entschluß der ober-schle-
sischen Richter war der Wille maßgebend, die ober-
schlesische Bevölkerung endlich wieder den Segnungen
einer geordneten Rechtspflege teilhaftig werden zu
lassen, sowie die Auffassung, daß Recht doch Recht
bleibe, wenn es sich auch gegen Gewalt nicht durch-
zusetzen vermag.

Die Abstimmung in Ostpreußen. Zur Volks-
abstimmung in Allenstein sind, wie die „Allenstein-
Zeitung“ schreibt, aus allen Teilen Deutschlands Mel-
dungen eingegangen. Auch das Ausland ist vertreten.
Deutsche aus Polen, aus der Tschechoslowakei, aus
Dänemark, Holland und anderen Staaten haben ihre
Eintragung in die Liste beantragt. Von auswärts
sind etwa 3500 aus Allenstein Gebürtige in die Liste
aufgenommen worden. Abstimmungsberechtigte aus
der Stadt Allenstein sind im ganzen etwa 23 000
in den Listen enthalten. Die Abstimmung findet nun
endgültig am 11. Juli statt.

Wahlige Neuwahlen auch in Preußen. Wie aus
Kreisen der preussischen Regierung verlautet, hat die
Regierung die Absicht, angesichts der Neuwahlen im
Reich die Arbeiten der Landesversammlung beschlen-
digen zu lassen, um auch in Preußen bald Neuwahlen
ausführen zu können. Es sollen nur noch die wich-
tigsten Arbeiten (Verfassungsreform, Etat) möglichst
bis Ende Juli erledigt werden.

Die Landtagswahlen in Bayern. Die offizielle
Korrespondenz Hoffmann meldet: Im bayerischen Staats-
ministerium des Innern lagen folgende vorläufige Er-
gebnisse der Landtagswahlen in Bayern vor: Für die
Kreise Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz,
Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben
waren gezählt für die Mittelparteien und die Deutsche
Volkspartei zusammen 207 583, Unabhängigen 246 215,
Demokraten 145 200, Sozialdemokraten 301 265, bayer.
Volkspartei 839 962, bayer. Bauernbund 163 439, Kom-
munisten 42 161. Die bayerische Volkspartei allein
zählt bedeutend mehr Stimmen als die drei sozialisti-
schen Parteien zusammen.

Rundschau im Auslande.

Im Pariser Rathaus wurde eine Ghentafel für
Poincaré, Clemenceau und Marshall hoch angebracht. Die
Sozialisten blieben der Festlichkeit fern.

Die Entente hat der Türkei statt der verlangten
30-tägigen Fristverlängerung nur 15 Tage gewährt, um auf
die Friedensbedingungen zu antworten.

Zum Nachfolger des amerikanischen Staatssekre-
tars des Neuhern, Polk, ist der Leiter des Bureaus für
fremde Anleihen in New York, Unterstaatssekretär Davis,
ausgerufen.

Polen: Die polnisch-russischen Kämpfe.

Der polnische Kriegsbericht meldet: Auf dem nörd-
lichen Kriegsschauplatz in der Gegend von Lublin lebte Ge-
sicherheit. Ein Vorstoß am Karolj-See gegen Mo-
lobeschno brachte den linken Flügel der Bolschewisten zum
Weichen. Die Operationen werden von Marshall Sikorski
geleitet und gehen dank der vorzüglichen Verfassung der
Truppen gut vorwärts. Auf der Linie Worschow—Kiew
bestehen die Polen Verdachts und halten den linken
Flügel der Linie zwischen der Dnjestra und dem Dniepr.

bei bleibt es nun auch. Ich habe oben ein gleich
wieder einen tüchtigen Verräter gehabt. Heute dir nur,
Helene, da kommt mir draußen auf dem Riesaplate Bella
in Begleitung der neuen Erziehlerin entgegen — kannst
du wohl glauben, daß diese Person die Unverschämtheit
hat, das Kind zu ihrer Waise gehen zu lassen? Da-
zu steht sie aus, daß man sie in die Schoten stellen
müßte. Ich war sehr außer mir und habe ihr sofort
den Standpunkt klar gemacht. Aber sage selbst, ob es
nicht arg ist; ich darf nur daran denken, mich einmal
erholen zu wollen, da kann ich sicher sein, daß alles
geschlecht, um mich krank und elend zu machen.“

Sie wollte die Stirn schwermütig auf den Arm
stützen, fühlte aber in diesem Augenblicke, daß die ge-
schickt angebrachten falschen Blyse an den Schläfen unter
dem Druck des Dutes eine bedenkliche Richtung ange-
nommen hatten. Sie erhob sich schnell und erbat sich
noch auf ganz kurze Zeit Urlaub, um ihre Morgentoilette
wieder etwas in Ordnung bringen zu lassen.

„Nebrigens!“ sagte sie nachlässig und drehte sich
im Weitergehen noch einmal um nach den Zurückbleiben-
den, während sie den Hut einstellte fest auf die
rebellischen Blyse drückte, „da hat uns der einfältige
Reinhard gestern schön blau anlinsen lassen. Ich be-
gegnete zufälligerweise dem Fortschreiber Berber droben
bei den Ruinen ... ich gratulierte ihm —“

„Ach, ich begreife jetzt deine Wanderung auf den
Berg!“ unterbrach Hollfeld ironisch seine Mutter. „Und
du hast den Mann angedeutet, Mama?“

„Nun, jetzt kann man das ja. Mich interessierten
hauptsächlich die Zweifel.“

„Wolltest du sie laufen?“ fragte ihr Sohn spö-
tisch — er mochte an die fette Ebbe in ihrer Kasse
denken.

„Das weniger.“ erwiderte sie mit einem Bornid.
„Aber ich habe stets eine Leidenschaft für schöne Steine
gehabt. Ferner sagte mir, aus was sie bestanden, und
erzählte mir auf mein Befragen ohne Umstände, daß
sie ungefähr — achtausend Taler wert seien — und das
nennt der Mensch, der Reinhard, einen unermesslichen
Wert.“

(Fortsetzung folgt.)

grossten Unsehr und Unsehr drau eine Kadallerieatade der Holschlosten vor den polnischen Linien zusammen; eine Division wurde vollstandig vernichtet. Eine Brigade, die vollstandig eingeschlossen wurde, legte die Waffen nieder.

Frankreich: Freilassung der verschleppten Deutschen.

Der „Matin“ meldet: Die Gerichte der besetzten Gebiete haben Befehl erhalten, unverzuglich diejenigen deutschen Burger, die nach dem 10. Januar 1290 verhaftet worden sind, gleichwohl welcher Verbrechen sie angeklagt waren, in Freiheit zu setzen. — Es handelt sich hierbei um deutsche Burger, die in vollem Frieden, nach Regelung der Auslieferungsforderung auf deutschem Boden verhaftet worden waren, um in Frankreich abgeurteilt zu werden. Jetzt endlich hat sich Frankreich dazu bequemt, diesen glatten Rechtsbruch durch Freilassung der Verschleppten wieder gut zu machen.

England: Die Verhandlungen mit Krassin.

Es ist anzunehmen, dass Krassin, obwohl ihm die von Moskau verlangten Auskunfte noch nicht zugegangen sind, welche Verzogerung in einer Störung der radiotelegraphischen Verbindung zu suchen sein dürfte, doch bereits als im Besitze der Antwort auf gewisse im Laufe der Konferenz aufgeworfene Fragen gilt. Am Montag hatte Krassin die zweite Konferenz mit Lloyd George. Man glaubt, dass Krassin bereits in der Lage war, der englischen Regierung befriedigende Mitteilungen über die Heimführung der Gefangenen und die Beendigung der Angriffe auf Persien zu machen.

Persien: Das deutsche Konsulat in Teheran gestürmt.

Einer Neutermeldung aus London zufolge wird aus Teheran berichtet, dass das dortige deutsche Konsulat von Anhängern der persischen Demokratie am 4. Juni belagert wurde. Es wurde die Auslieferung verschiedener, dort verhafteter persischer Vorgesessener verlangt. Der Konsul ließ aus einem Maschinengewehr auf die Menge schießen, worauf diese das Feuer erwiderte und in das Konsulat einbrach. Es stellte sich heraus, dass der Konsul zwischen sich und dem deutschen Konsul in Teheran aus Gründen der Menschlichkeit eine Anzahl Flüchtlinge ins deutsche Konsulat aufgenommen und ihnen das in Persien übliche Wohnrecht der fremden Vertretungen zu teil werden lassen. Die Regierung verlangte im Widerspruch zum Völkergesetz aus Herkommen die Herausgabe von Flüchtlingen. Der Konsul weigerte sich handhaft, die ins deutsche Konsulat geflüchteten Personen ihren Verfolgern auszuliefern. Diese haben darauf unter Verletzung der den Konsulaten in Persien zustehenden Exterritorialität das Konsulatsgrundstück von Bewaffneten umzingelt lassen, die die Flüchtlinge mit Gewalt heraus holen sollten.

Soziales.

+ Versorgung der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen. Die preussische Landesversammlung hat am 7. Mai 1920 das Beamten-Hinterbliebenengesetz, das Beamten-Ruhegehaltsgesetz und das Ruhegehaltsempfänger-Gesetz angenommen. Der preussische Finanzminister hat den nachgeordneten Behörden mitgeteilt, es werde besonderer Wert darauf gelegt, daß die Arbeiten zur Ausführung des Gesetzes sofort in Angriff genommen und derart gefördert werden, daß die Einkommensverbesserungen den Beamten, Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen so schnell als möglich ausgezahlt werden können. Um Verzögerungen in der Auszahlung der Gehaltsrückstände für die Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen zu vermeiden, kann den Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen, insbesondere solchen, die bisher noch keine Teuerungszulagen bezogen haben, nur dringend geraten werden, sobald der Bescheid, in deren Bezirk der Beamte oder Lehrer zuletzt beschäftigt gewesen ist, ihre Wohnung und die zahlende Kasse mitzuteilen. Wenn für Kinder im Alter vom vollendeten 14. bis 21. Lebensjahre Kinderbeihilfen erbeten werden, muß der Name und Geburtsdatum der Kinder und ferner mitgeteilt werden, ob die Kinder ein eigenes Einkommen beziehen. Dabei ist die Art und Höhe des Einkommens anzugeben.

Sport und Verkehr.

× Ein neuer Tauer-Weltrekord für Flugmaschinen wurde in Paris von den Fliegern Gessout und Bernard aufgestellt, die mit einem Farman-Doppeldecker (Wolff-Typ) 24 Stunden 19 Minuten 7 Sekunden ununterbrochen in der Luft waren und damit den offiziellen Weltrekord des deutschen Landmanns, den dieser seit 1914 mit 21:49:00 hielt sowie die 1914 kurz vor Ausbruch des Krieges erzielte Johannisthaler Höchstleistung von 24:08:00 überboten. — Also fast sechs Jahre hat man gebraucht, um die Höchstleistung deutscher Industrie und deutscher Energie zu überbieten. Man sieht, daß es die höchste Zeit war, diese gefährliche Nation unter die Füße zu treten.

Aus Stadt und Land.

25 Millionen Markt Unverserkaden. Die Unverserkaden im Kreise Mansfeld, über deren verheerende Folgen berichtet wurde, belaufen sich, auf ungefahr 25 Millionen Markt.

Auch das Gras wird teurer. Die Verpachtung der Grasnutzung des Eggenpfluges bei Schöndorf, unweit Erfurt, hat für dieses Jahr 57 000 Markt ergeben. Voriges Jahr wurden für diese Pachtung 2300 Markt bezahlt. Der Preis wird als Schafweide verwendet.

Freier Raubüberfall bei Wingen. In einer der letzten Nächte drangen vier verummte Männer in das Postgebäude ein, knebelten den dienstenden Oberpostkassier, raubten drei Kisten mit insgesamt 24 800 Markt und verschwanden. Die größte Kiste wurde von Bahnbeamten in der Nähe Wingens gefunden. Dadurch ist der größte Teil des Raubes in Höhe von 200 000 Markt wieder in den Besitz des Postamtes gelangt.

Streik der klinischen Ärzte in Innsbruck. Die klinischen Ärzte sind in den Streik getreten. Der gesamte Spitalbetrieb ist lahmgelegt. Die Studenten der Medizin sind in den Sympathiestreik für die Ärzte eingetreten.

Strenge Bewachung des Kaiserhofes Doorn. Vor einigen Tagen meldeten holländische Blätter, daß die frühere deutsche Kaiserin infolge der Ueberfischung nach Schloß Doorn ernstlich erkrankt sei. Nach dem „Echange Telegraph“ sollen verschiedene noch unaufgeklärte Umstände mit dieser Erkrankung im Zusammenhang stehen. Vergangene Woche überflog ein Flugzeug unbekannter Herkunft die Villa in Doorn. Man weiß noch nicht, welche Absicht der mörderische

Würger hatte. Am folgenden Tage und zwei verdächtige Personen an der Eingangstür zum Schloß festgenommen worden. Seit diesem Tag überwachen etwa 10 Soldaten der holländischen Polizei und Detektive in Zivil das Schloß streng. Der Kaiser hat nicht mehr das Recht, das Schloß zu verlassen, bevor er den Kommandanten der Polizeitruppe verständigt hat, der ihn im allgemeinen auf seinen Ausflügen begleitet.

150 englische Flugzeuge verbrannt. Bei einem Brande in einer Fliegerkaserne in der Nähe von Cleveford (Lincolnshire) wurden etwa 150 Flugzeuge zerstört. Der Schaden beträgt eine Viertelmillion Pfund Sterling. — Es handelt sich um die neue Fliegerkaserne für die Schüler der bekanntesten englischen Gymnasien, in der England seinen künftigen Fliegeroffiziere in einer Art von Hochschullehrer heranbilden will.

Schwere Krawallen in Graz. Montag nachmittags kam es in der inneren Stadt und in der zum Hauptbahnhof führenden Innenstraße zu heftigen Menschenansammlungen, die eine bedrohliche Haltung annahm. Es wurde daher die Räumung und Absperzung der inneren Stadt von Polizei, Gendarmerie und Volkswache durchgeführt und an verschiedenen Stellen wurden Maschinengewehre aufgestellt. Zahlreiche Personen wurden wegen Wilderschlichkeit verhaftet. Vorwiegend jugendliche Personen drangen in das Bioskoptheater ein und richteten dort schweren Schaden an. Die Polizei ging gegen die Demonstranten mit blanker Waffe vor, wobei eine Person schwer und drei leicht verletzt wurden. Auf der Stadtbrücke und dem dahinterliegenden Murerplatz versammelten sich einige tausend Menschen, die in die innere Stadt gelangen wollten, und gegen die die Stadtbrücke absperrende Polizei und gegen das Militär ausgesetzt eine drohende Haltung einnahmen. Gegen Abend mußte der Befehl zum Schießen gegeben werden; es gab 6 Tote und 15 Verwundete. Die Demonstranten, welche nach der Schießerei auseinandergeflohen waren, sammelten sich wieder auf dem Murerplatz und an der Stadtbrücke an, die auch weiterhin abgesperrt blieb. Die organisierte Arbeiterschaft beteiligte sich an den Ansammlungen nicht.

Gerichtssaal.

Verurteilung des Denkmals Kaiser Wilhelm I. mit roter Farbe vor mehreren Wochen hat die Strafkammer in Bonn zwei junge Leute ohne Parteizugehörigkeit und zwei Unabhängige, den Kassierer und ein anderes Vorstandsmitglied dieser Partei, zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Verurteilte Streikposten. Das Schöffengericht in Frankfurt am Main verurteilte drei Versicherungsangestellte wegen Mäßigung zu Geldstrafen von 100 bis 200 Mark, weil sie als Streikposten gelegentlich des Streiks im Versicherungsgewerbe Arbeitswillige bedroht und gehindert hatten, die Geschäftsräume zu betreten. Im Urteil heißt es, daß als Errungenschaft der Revolution die persönliche Freiheit und damit das Recht auf Arbeit geschützt werden müsse.

Volkswirtschaftliches.

Erhöhung der obersteilischen Kohlenlieferungen an Polen. Das polnische Wirtschaftsblatt „Przemysł i Handel“ veröffentlicht eine Depesche aus Paris, wonach die Kohlenkommission des Obersten Rates die bisherige Zuteilung obersteilischer Kohlen an Polen um 150 000 Tonnen monatlich, also auf 400 000 Tonnen, erhöht hat. Diese Erhöhung soll insbesondere dem Wiederaufbau der polnischen Industrie, besonders der Exportindustrie, dienen.

Berlin, 8. Juni. (Börse.) Das Bestreben des Auslandes über den Ausfall der Reichstagswahl kam zum Ausdruck in einem starken Anziehen der fremden Zahlungsmittel und einer entsprechenden Verbilligung des Marktfusses zum Ausdruck, auch wirkte der Rücktritt des Reichskabinetts stark hemmend auf die Börsenhaltung.

Berlin, 8. Juni. (Warenmarkt.) Hafer, sofort abgeladen, 141—143, Fliegerstroh 10—12, Preßstroh 10 bis 11,50, Maschinenstroh 9—11, Widen 80—90, Beluschen 100—110, Pferdebohnen 105—115, Wickenbohnen 160 bis 180, kleine Erbsen 120—140, Lupinen 50—63, Gerstella 50—63 für 50 Kilo als Verladestation. Hafer 19 bis 23, Wicken 20—24, Feldbohnen 25—27, Kleeheu 28—30 für 25 Kilo bahnfrei.

Lozales.

Halte! Keim Atmen den Mund geschlossen! Das ist eine Regel, die man selbst beobachten soll und die man vor allem nicht eindringlich genug den Kindern einschärfen kann. Beim Atmen durch den Mund trifft die Luft sofort im Urzustande die Lungen, was selbst dann schädlich sein kann, wenn sie frei ist von Staub und Bakterien. Denn, um nur einige Beispiele anzuführen, eine zu kalte Luft kann die Schleimhäute reizen und Katarrhe verursachen, eine zu trockene aber ebenfalls reizen wirken. Ist nun aber, wie dies in Städten regelmäßig der Fall ist, der Luft noch bakterienhaltiger Staub beigemischt, so kann der Krankheitskeim direkt in die Lungen eindringen, was bekanntlich für die Tuberkulose besonders häufig gilt. Alle diese Schädlichkeiten vermindert die Nasenatmung oder hebt sie ganz auf. In der Nasenhöhle wird die Luft vorgewärmt, bevor sie zur Lunge gelangt, und nimmt, wenn sie zu trocken sein sollte, von den beständig feuchten Schleimhäuten Wasser auf. Die mitgeführten Staubteile bleiben an dem schleimigen Heberzug der Nasenhöhlen haften und werden dann mit der Nasenabsonderung wieder aus dem Körper entfernt, ohne schädlich wirken zu können. Aber nicht nur das, es ist auch nachgewiesen worden, daß diesen, oft gefährlichen Bakterien gegenüber, zum Beispiel dem Erreger des Wiltbrandes, der Nasenschleim antiseptisch wirkt, also die Ansteckungsgefahr beträchtlich vermindert. Nicht unerwähnt mag auch bleiben, daß die Geruchsnerven der Nase in den meisten Fällen eine verdorbene und schädliche Luft erkennen und uns so vor der weiteren Atmung warnen.

Waldbrände sind in den letzten Jahren häufiger durch Nachlässigkeit beim Rauchen entstanden. Es ist in den heutigen Zeiten dringendes Gebot, auf das Verbot des Rauchens im Walde zu achten und auch auf Landwegen und Gassen dafür zu sorgen, daß nicht durch Nachlässigkeit Feuer Schaden entstehen kann.

Gemeindevertretung. Unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten A. W. Bierbrauer fand am Dienstag Abend eine Gemeindebeiratsversammlung statt. Punkt 1. Betr. Neuwahl für die freiwillig aus der Lebensmittellkommission ausgeschiedene Beiräte in Frau Georg Bierbrauer löste eine ausgiebige Besprechung aus. In der letzten Zeit wurde hier eine Kuh geschlachtet, deren Fleisch von Mitgliedern der Lebensmittellkommission als nicht genießbar anerkannt wurde. Nachdem dasselbe durch den Tierarzt untersucht war, wurde es zum menschlichen Genuss freigegeben und auf Anordnung des Landrates sollte das Fleisch zu 7 Mk. verkauft werden. Zwei hiesige Herren, welche davon, daß das Fleisch bereits am Tage vorher als ungenießbar betrachtet worden war, nichts wußten, setzten den Verkaufspreis auf höchstens 5,50 Mk. fest. Das damals gekaufte Fleisch war in der Tat fast wertlos, und die wenigsten Käufer werden es genossen haben. Weil die Mitglieder der Lebensmittellkommission also in ihrem freien Ermessen beeinträchtigt waren legten sie ihr Amt nieder. Sie haben eine Eingabe gemacht, welche zur Entscheidung an das Landratsamt geschickt wurde. Diese Antwort ist noch nicht zurück. Der Beigeordnete hat die Mitglieder der Kommission einstweilen ihre Tätigkeit noch auszuüben und Punkt 1 wurde von der Tagesordnung abgesetzt. 2. Besuch des Heinrich Dehne u. Gen. um Ueberbrückung eines Grabens Distrikt Hain. Es handelt sich hier um 3 Anlieger, welche kleine Gärten dorfselbst haben. Es wurde beschlossen, von der Einlegung von Zementröhren Abstand zu nehmen. Vielmehr soll der Graben von beiden Seiten abgehört werden, sodas man auch mit einem Karren das Grundstück erreichen kann. 3. Besuch des August Heimann von hier betr. Begleichung des vollen Rechnungsberages für gelieferte Kette. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit im Vergleichswege aus der Welt zu schaffen. 4. Betr. Abgabe von Holz an minderbemittelte Kriegsbeschädigte u. Kriegerwitwen bzw. bedürftige Kriegerwitwen. Laut Anordnung des Ministers war vorgehen, an die benannten Personen Holz aus dem Staatswalde abzugeben. Bei der großen Anzahl Kriegsbeschädigter und Witwen war dies jedoch wohl unmöglich. Deshalb sollten sie nur in waldarmen Gemeinden das Holz aus dem Staatswalde erhalten. Der Gemeinde Bierstadt wurde mitgeteilt, da Bierstadt über 50 bzw. 62 ha. Wald besäße, müßten die Reflektanten aus dem Gemeindeforste verforstet werden. Nun ist dies aber doch wohl eine ganz unfinnige Ansicht, denn es ist doch wohl nicht einerlei, ob eine Gemeinde von 200 Seelen diesen Waldbesitz hat, oder eine solche von über 4000 Einwohnern. Alle Eingaben hatten nichts und so sollen die Kriegsbeschädigten und Witwen das Holz aus dem hiesigen Walde erhalten, teils unentgeltlich, teils zu zwei Drittel der Losholzkarte. Bei d. Holzknappheit mußte leider davon abgesehen werden, d. Personen mehr als d. allen Einwohnern zustehende Losholz zukommen zu lassen. In den Gemeinden Sonnenberg, Dogheim, Kleppenheim u. a. wurde Holz aus Staatswaldungen geliefert, und so ist man in Kreisen der Kriegsbeschädigten nach wie vor der Ansicht, daß man auch hierorts dies hätte erreichen können. Der Beigeordnete teilte noch mit, daß die hiesige Kommission bei Festsetzung der Bedürftigkeitsfrage äußerst liberal gehandelt habe. 5. Antrag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen um Zuzahl von 3 Mitgliedern des Reichsbundes zur Prüfung der Bedürftigkeitsfrage bei der Abgabe von Holz an Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen. Dieser Antrag war bereits durch den Antrag 4 erledigt. Es gehören ja 3 Mitglieder der Vertretung dem Wohlfahrtsausschuß an, doch erklärte Herr Volk, daß sie bisher noch zu keiner Sitzung geladen worden seien. 6. Ansuchen der Oberförsterei zu Sonnenberg um Gleichstellung der Gemeindeförster in ihrem Einkommen mit den staatlichen Förstern. Wurde einstimmig genehmigt. 7. Vertagung des Landrats wegen Einrichtung einer Schuldeputation. Bekanntlich wurden bereits vor 6 Wochen die Mitglieder einer Schuldeputation gewählt. Man hätte jedoch erst die Genehmigung zur Einrichtung einer solchen Deputation durch die Regierung abwarten müssen. Heute wird demgemäß einstimmig beschlossen eine Schuldeputation zu wählen. Herr Börner betonte, daß das diesbezügliche Schreiben über den Verlauf der ersten Wahl zum mindesten ungeschickt und nicht allen Tatsachen entsprechend abgefaßt war.

(Fortsetzung folgt.)

K. Brennstoff. Von den im Konsumverein lagernden Eiform Brennstoffen werden an jedermann bis zu 10 Centn. abgegeben. Karten müssen im Rathaus abgeholt werden.

Vielen Topfpflanzen ist es sehr förderlich, wenn man sie während der warmen Jahreszeit in ein freigelegenes Beet versetzt, also in den Erdboden eingräbt. Das wird aber in der Regel ganz falsch gemacht. Der Topf mit der Pflanze muß hohl stehen, damit sich die „stehende“ Kasse, welche der Pflanze nur Schaden zufügen würde, nicht bilden kann, und auch, damit Würmer ferngehalten werden. Andererseits ist es nötig, den Topf bis zum Rand einzugraben, wodurch sich die Feuchtigkeit im Topfe gleichmäßig erhält und eine etwaige Vernachlässigung beim Gießen nicht gleich nachteilig wirkt. Das bloße Hinstellen auf den Erdboden hat gar keinen Zweck, ganz abgesehen davon, daß hierbei die Pflanze keinerlei Schutz hat und von jedem Wind und Wetter umgeworfen werden kann. Am besten wählt man mit einem kleinen Pfahl ein tiefes, kegelförmiges, also spitzes Loch, setzt den Topf bis zum Rande hinein und füllt die Hohlräume nur an den Seiten mit Erde wieder fest zu.

Das Wesen der Seckrantheit. Trotz der zahlreichen Forschungen und Untersuchungen der letzten Jahre ist das Wesen der Seckrantheit noch immer nicht zweifellos bekannt. Dieses Leiden, dessen Hauptsymptome bekanntlich Erbrechen, Uebelkeit, allgemeine Niedergeschlagenheit, Appetitlosigkeit und in hochgradigen Fällen melancholische Verstimmung bis zum Verlust des

des Lebenswillens sind, deshalb zahlreiche Personen bei Seefahrten, während andere wiederum davon befreit bleiben. Die Körperkonstitution scheint dabei keine Rolle zu spielen, denn kräftige Leute erkranken gerade so wie schwächliche. Auch die Zeitdauer der Fahrt kommt nur wenig in Betracht. So gibt es bei der nur vier Stunden langen Überfahrt von Frankreich nach England stets zahlreiche Seefranke, während andererseits auf gewissen wochenlangen Schiffsfahrten der Prozentsatz ein viel geringerer ist. Gewisse Meere genießen in dieser Beziehung einen besonders schlechten Ruf, so der Mittelmeer und die Adria. Unter den Erklärungsversuchen hat am meisten Wahrscheinlichkeit jene Theorie für sich, die annimmt, daß es sich um eine Störung der Nervenzentren im Gehirn handelt, hervorgerufen durch die Schwankungen des Schiffes. Dies erklärt auch, warum bei stürmischem Wetter die Zahl und die Schwere der Erkrankungen sich steigert, und gewisse Meeresgegenden, die durch ihren hohen Wellengang und ihr ungewisses Wetter bekannt sind, eine Häufung der Erkrankungsfälle zeigen. Daß die persönliche Empfindlichkeit dabei eine gewisse Rolle spielt, beweist der Umstand, daß es Leute gibt, die schon durch die geringsten Erschütterungen des fahrenden Eisenbahnwagens, ja manchmal schon beim Schaulernen Seefrankheitsanfälle bekommen. Gewöhnung bietet einen gewissen Schutz, aber keinen absoluten, denn es kommt oft genug vor, daß sogar alte Seebären, wenn sie längere Zeit auf dem Lande verbracht, beim Betreten des Schiffes wiederum seefrank werden. Von den angewandten Heilmitteln, deren es eine Unzahl gibt, hat bis jetzt leider noch kein einziges den gehegten Erwartungen vollkommen entsprochen. Viel Aufenthalt in freier Luft, also auf Deck, Vermeidung allzu großer Flüssigkeitsmengen und vor allem eine gewisse Willenskraft gegenüber den ersten Anfängen des Leidens sind noch immer die passendsten Verhaltensmaßregeln. Hat die Krankheit einem befallen, dann ist es am besten, daß man sich niederlegt und möglichst wenig Nahrung in den ersten Stunden zu sich nimmt.

N. L. Zur Milchpreisfrage geht uns von interessierter Seite folgender Artikel zur Veröffentlichung zu. Die Milchpreisfrage ist wieder einmal akut geworden, und zwar dadurch, daß die Regierung den von den Bauernschaften verlangten Preis von 2 Mk. je Liter abgelehnt hat. Die Bauernschaften führen schon seit über drei Jahren den Kampf um einen angemessenen, den Produktionskosten entsprechenden Milchpreis. Die Regierung hat aber jedesmal die Forderungen der Bauern entweder abgelehnt oder überhaupt nicht beachtet; sie vertraute darauf, daß die Bauern trotzdem die Milch weiter liefern würden. Bestenfalls wurde nach einem halben Jahre die Hälfte der vor sechs Monaten geforderten Preiserhöhung bewilligt. Unverhofft waren aber die Produktionskosten durch die Steigerung der Löhne und durch die Verteuerung aller übrigen Produktionsmittel so gestiegen, daß die viel zu spät erfolgte und zu gering bemessene Preiserhöhung keinen Anreiz mehr auf die Produktion ausüben konnte. Diese ging infolgedessen immer mehr zurück. Das Verhalten der Regierung konnte auf die Dauer keine Wirkung auf die Bauern nicht verfehlen und mußte sie schließlich dazu bringen, zur Selbsthilfe zu schreiten. Um das Schlimmste zu vermeiden, verlangte die süddeutsche Landwirtschaft bereits im Februar ds. Jrs., daß sofort Wirtschaftskollegien (zusammengesetzt aus Erzeugern und Verbrauchern) zusammenzutreten sollten, um den Milchpreis und die Milchzuteilung zu regeln. Auch dieses gewiß billige Verlangen der Bauernschaften Süddeutschlands wurde nicht beachtet. Bis heute — also nach 4 Monaten — sind diese Wirtschaftskollegien noch nicht zusammengetreten. Darf man sich da wundern, wenn den Bauern auch einmal die Geduld ausgeht? Daß die Bauern erwilt sind, die unzureichende Versorgung der Städte mit Milch zu verbessern, geht schon daraus hervor, daß sie innerhalb der letzten 14 Tagen 88 Buchstille und mehrere Zuchtbullen in einem Kreise aus den Zuchtgebieten, eingeführt haben um mehr Milch produzieren zu können. Sie müssen aber dann auch einen angemessenen Milchpreis verlangen, zumal da diese eingeführten Tiere je Stück 8—10000 Mk. kosten. Wie jeder andere Geschäftsmann, so muß auch der Bauer darauf sehen, daß er auf seine Kosten kommt. Mit der Forderung von 2 Mk. je Liter abgelehnt steht die Kreisbauernschaft Wiesbaden Land nicht vereinzelt da. Am 1. Mai hat die Vertreterversammlung für Nassau und den Kreis Wehlar einstimmig mit sofortiger Wirkung die Erhöhung des Milchpreises auf 2 Mk. gefordert, ebenso die gesamte westdeutsche Landwirtschaft in ihrer Sitzung am 6. Mai in Darmstadt. Selbst der Vertreter der Stadt Wiesbaden hat den Preis von 2 Mk. je Liter abgelehnt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Bauern vorzugehen, dürfte auf diese wenig Eindruck machen; denn die Regierung hat sich ja selbst nicht scheuen, den Generalfreist zu proklamieren; weshalb dann der Bauer nicht zur Standesnotwehr greifen, um seine berechtigten Forderungen durchzusetzen? Auf diesem Wege wird die Milchproduktion nicht gehoben. Vielmehr werden die Landwirte von der Anschaffung weiterer Milchtiere absehen und die Erzeugung von Milch für einen Verlustpreis den Städten selbst überlassen, die ja zum Teil recht gute Erfahrungen dabei gemacht haben (siehe Cronberg, Oberursel, Frankfurt a. M.). In den Wiederaufbau unseres zerrütteten Viehstandes läßt sich unter diesen Verhältnissen natürlich nicht denken.

g Wichtig für Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene, Gefangene und Kriegsteilnehmer. Dem Vorstand der hiesigen Ortsgruppe ist es gelungen, den Gauferretär Schulze aus Frankfurt für einen Vortrag über das neue Versorgungsgefeß zu gewinnen. Herr Schulze ist ausnahmsweise gut informiert und wird den Besuchern ausführlich Auskunft geben über alle sie interessierenden Fragen. Der Vortrag findet heute Donnerstag Abend 8 Uhr im „Rebstock“ statt, worauf wir die Interessenten hiermit besonders aufmerksam machen.

Sängertag. Zur Wiederbelebung und Förderung des deutschen Männergesanges veranstaltet der Männergesangsverein „Hilma“ E. V., Wiesbaden unter Mitwirkung namhafter auswärtiger Vereine am 11. Juli einen Sängertag.

Wetterbericht.

10.—11. Nachts Regen, früh leicht bewölkt, darauf wiederholt Regen und Gewitter, Wind schwach wenig Sonnenschein.

Kath. Kirchengemeinde.

Freitag, den 11. Juni 1920

Herr-Jesu-Fest

Morgens 6 Uhr Amt mit Segen.

Abends 8 Uhr Andacht.

Bekanntmachungen.

Lebensmittel-Verteilung.

a) Verteilungsware:

75 Gramm Margarine zum Preise von 1,65 Mk. auf Folge 2 der Fettkarte.

200 Gramm Speck zum Preise von 550 Pfg. auf Folge 3 der Fettkarte.

250 Gramm Haferflocken } zum Preise von zusammen
125 „ Erbsen und } 315 Pfg. auf Folge 18 der
125 „ Bohnen } Lebensmittelkarte.

Vorausichtlich gelangt am Samstag noch Corned-Beef zur Verteilung und wird näheres noch durch Anschlag bekanntgemacht.

An die Kranken soweit ihnen ärztlicherseits Butter verordnet ist wird in dieser Woche wieder Schmalz und an alle übrigen Krankenwärmittelbezugsberechtigten je 125 Gramm Reis. Das Schmalz kostet pro Pfund 17 Mk. und der Reis pro Pfund 3,20 Mk.

b) Verteilungszeit:

Die Verteilung der Waren erfolgt in sämtlichen Kundengeschäften am Freitag und Samstag dieser Woche in der Reihenfolge wie bisher.

Der Speck wird an denselben Tagen bei den Metzger, Kleber, Levy und Mayer abgegeben.

Die event. Fleischverteilung findet am Samstag in nachstehender Reihenfolge statt: Für die

Jah. der Broikarten Nr. 1201 bis Nr. 1500 v. 8—9 Uhr

„ „ „ „ 1501 „ höchste Nr. „ 9—10 „

„ „ „ „ 1 „ 400 „ 10—11 „

„ „ „ „ 401 „ Nr. 800 „ 11—12 „

„ „ „ „ 801 „ 1200 „ 12—1 „

c) Mitteilungen:

Die Versorgung der Zugänge erfolgt für diese Verteilung im Geschäft Nr. 9 (Jah. Grh. Mayer, II. Talstr.) jedoch nur für solche Kartensorten der Lebensmittelkarten in denen ausdrücklich „Zugang“ vermerkt ist und die gleiche Anzahl Fettkarten. Die übrigen Karten gelten nur in den Geschäften, deren Nummer die Karte in der linken oberen Ecke trägt.

Die Kronen-Nährmittel werden bis auf Weiteres von jetzt ab im Geschäft Nr. 16 (Jah. B. Stadtmüller Wbr. Wilhelmstraße am Freitag und Samstag jeder Woche verteilt. — Der angegebene Zeitpunkt der Verteilung ist genau einzuhalten. Verkäufer, welche Kunden außerhalb der Reihenfolge bedienen, wird der Verkauf auf mindestens 4 Wochen entzogen. Versorgungsberechtigte können vom Bezug der Waren ausgeschlossen werden. Läden, Einwickelpapier oder Teller sind mitzubringen, besonders auch Wechselgeld. In den Fleischläden sind alle Broikarten vorzulegen. — Selbstversorger von Fleisch (Hausgeschlachten), Haferflocken (Mahlartenbesitzer) und Fett (Landwirte, Milchhändler und Ziegenhalter) sind vom Bezug von Fleisch, Lebensmitteln und Fett ausgeschlossen und haben soweit dies nicht geschehen ist, die entsprechenden Karten sofort zurückzugeben. Unberechtigte Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Unter dem Rindviehbestande der Gemeinde Erbenheim ist die Maul- und Klauenseuche ausgesprochen.

Bierstadt, den 9. Juni 1920.

Der Bürgermeister: J. V. Bierbrauer, Beigeordneter.

Auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 28. Mai d. Js. ist die Ausfuhr aller Hengste und Stuten belgischen und französischen Schlages, die zur Ablieferung an die Alliierten bestimmt und zu diesem Zwecke in Musterungslisten aufgenommen waren, sowie der Handelsverkehr mit diesen Tieren bis auf Weiteres untersagt. Desgleichen ist das Kastrieren von Hengsten verboten. Ausnahmen von diesen Bestimmungen können in besonderen Fällen erwirkt werden.

Vorliegendes wird zur Kenntnis der Pferdebesitzer gebracht.

Bierstadt, den 9. Juni 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.



Turnverein Bierstadt

Eingetragener Verein.

Am Samstag, den 12. Juni, abends 8½ Uhr findet im Vereinslokal 3. „Adler“ eine

Mitgliederversammlung.

statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung bittet um zahlreiches und pünktliches Erscheinen

Der Vorstand.

Gesellschaft Rätswern.

Die Mitglieder werden hiermit zu einer

Generalversammlung

auf Samstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr ins Vereinslokal zur „Friedrichseiche“ (Bes. Ph. Hofmann) freundlichst eingeladen.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Ausflug Sonntag, den 20. Juni nach Kloppenheim Saalbau „Röse“. 3. Verschiedenes.

Es bittet um zahlreiches Erscheinen

Der Vorstand.

Bauernschaft Bierstadt.

Su einer am Donnerstag Abend 8½ Uhr im Gasthaus zum „Adler“ stattfindenden

Monatsversammlung

laden wir hiermit alle unsere Mitglieder dringend ein.

Tagesordnung: Berichterstattung über den Stand aller uns berührenden wirtschaftlichen Fragen.

Wir bitten unsere Mitglieder um pünktliches Erscheinen und laden auch die Milchhändler ergebenst ein.

Der Ausschuss der Bauernschaft.



Geflügel-, Vogel- und Kaninchenzucht-Verein,

Bierstadt. Begründet 1905.

Sonntag, den 13. d. Mts., mittags 3 Uhr findet im Gasthaus zum „Rebstock“ bei Mitglied W. Klein eine

Versammlung

statt, wozu wir die Mitglieder ganz ergebenst einladen und bitten um pünktliches und vollständiges Erscheinen.

Bierstadt, den 10. Juni 1920.

Der Vorstand.

Privatgesellschaft Bierstadt.

Sonntag, den 13. Juni Ausflug nach Weidenstadt.

Abfahrt 8,41 Uhr morgens Elektrische (Extrawagen).

Der Vorstand.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, Kriegshinterbliebenen

Ortsgruppe Bierstadt.

Aufklärung.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die für heute Abend einberufene Versammlung nicht von unserer Seite einberufen worden ist.

Karl Becht, I. Vorsitzender.

Große öffentliche Versammlung

der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen, Gefangenen und Kriegsteilnehmer

am Donnerstag, d. 10. Juni abends 8 Uhr im Restaurant zum „Rebstock“ (Bes. W. Klein).

Kamerad Gauferretär Schulze aus Frankfurt spricht über

Das neue Versorgungsgefeß

für die Kriegsoffer.

Außerdem wird Auskunft erteilt über die Witwenbeihilfe, Kriegsbeschädigten-, Hinterbliebenen- und Gefangenenfürsorge.

Jeder Hausbesitzer muß Mitglied des Haus- und Grundbesitzer-Vereins sein. Geschäftsstelle Moritzstraße 5.



Töfel Wanz

nebst Brut mit Arsch's Wanzenoel.

Fasche 6.— Mk.

Drogerie Lehmann,

Wiesbadenerstraße 4

— Telefon Nr. 3267. —

Büchlerin und Lehrmädchen

gelehrt. Bierstadt Wiesbadstr. 41.

Ein

Puddelwagen

Doppelpänner mit Fah

zu verkaufen.

Bierstadt, Rathhausstr. 12.

Cigarren

rein Uebersee von 80. —

90 1.— 120 1.50 bis 5. —

Cigarillos von 40 Pfg. an

Umsonst

ist ein Versuch nicht sie

bleiben bestimmt dauernd

Kunde Tabak 100 Gramm

von 5. Mk. an

Cigarren Gerwing

Wiesbaden

en gros en detail

nur 12 Nikolaistr. 12